

7. JUNI



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21624 - 33  
Fernschreiber 0885890

P/XIV/141 - 29. Juni 1959

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

---

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Falsche Töne in der "Prawda" Zu einem Leitartikel im Zentralorgan der KPdSU	38
2 - 3	Absage an das "Leitbild" Wiedervereinigung CDU/CSU-Gruppe Strauß bezieht die Position des Status quo	84
4	Bedenkliche Zugeständnisse im II. Fernsehen Von Heinz Kühn, MdB	53
5	"Rendezvous im Oktober" Radikalisierung der Christlichen Gewerkschaften in Frankreich Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	51
6 - 7	Restauration und Freiheit Tagung der Sozialistischen Verleger in Freudenstadt	72

\* \* \*  
\* \*

Falsche Töne in der "Prawda"

sp - Die "Prawda", das Zentralorgan der KPdSU, befasst sich nach den sowjetischen Protestnoten zur Einberufung der Bundesversammlung nach Berlin in einem Leitartikel mit dem gleichen Thema und richtet bei dieser Gelegenheit heftige Angriffe gegen die Deutsche Sozialdemokratie. Unter anderem wird die Frage aufgeworfen, ob die Handlungsweise der SPD, für Berlin als Ort der Wahl des Bundespräsidenten einzutreten, in Einklang mit den sozialdemokratischen Erklärungen über die Notwendigkeit einer Normalisierung der Lage in Deutschland und mit dem Deutschlandplan gebracht werden kann.

Eine solche Fragestellung zeigt erneut, dass die verantwortlichen Männer in Moskau entweder über die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik schlecht unterrichtet sind, oder richtige Informationen falsch auswerten. Der Deutschlandplan der SPD ist ein Vorschlag zur Diskussion über die Entspannung zwischen Ost und West in Europa und ein Hinweis auf Möglichkeiten, wie die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und Frieden erreicht werden kann.

Was hat die Wahl des Bundespräsidenten in Berlin damit zu tun? Dieser staatspolitische Akt ist genau so wenig im Jahre 1959 eine "Provokation", wie er es im Jahre 1954 war, als Moskau auch nicht dagegen protestierte.

Es will uns scheinen, als suche die "Prawda" nach einer Gelegenheit, um einen Vorgang in das Blickfeld der internationalen Politik zu rücken, der mit der eigentlichen Problematik der Wiedervereinigung Deutschlands und dem von der Sozialdemokratie angestrebten Ziel der Entspannung in Europa überhaupt nichts zu tun hat.

Das ist ein Ablenkungsmanöver, das nicht der Versachlichung der Diskussion über die zentralen Probleme Europas dient. Es steht der "Prawda" schlecht an, jetzt nach Gegensätzen zu suchen und Alarm zu schlagen. Niemand im Westen hat bis heute dagegen Einwände erhoben, wenn dieser oder jener Wahlakt in Ostberlin vorgenommen wurde oder wenn die Männer in Pankow sich so aufspielten, als repräsentierten sie das ganze deutsche Volk.

Die Deutsche Sozialdemokratie verschanzt sich nicht hinter tatsächliche und imaginäre Stacheldrähte, hinter denen man in Ost und West "Politik" macht. Sie ist und bleibt das stärkste Element zur Überwindung von Gegensätzlichkeiten in Europa und wird sich bei Erfüllung dieser von ihr freiwillig übernommenen Funktion von niemanden stören lassen. Auch nicht von der "Prawda"!

Absage an das "Leitbild" Wiedervereinigung

ap - Verbindliche "Leitlinie" der künftigen Bonner CDU/CSU-Regierungsaussenpolitik soll, wenn Bundesverteidigungsminister F. J. Strauss berechtigt ist, für diese Aussenpolitik verbindlich zu sprechen, ein harter Westkurs der Bundesrepublik Deutschland sein, die, als eine auf nicht mehr abzusehende Zeit feststehende Status-quo-Grösse, in jeder Beziehung, vor allem aber militärischer, vollständig in das westliche Europa integriert und auf das intensivste mit dem westeuropäisch-amerikanischen Bündnis verknüpft werden soll.

In diesen "Leitlinien", die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig lassen, ist kein Raum mehr für die Wiedervereinigung, die daher auch in die Denkkategorie der "Illusion" eingeordnet wird. Der diese Festlegung nur oberflächlich einschränkende Hinweis auf die "gegenwärtigen Möglichkeiten", die eine Änderung des Status quo zur Illusion machen sollen, ist "unter diesen Umständen", um einen terminus technicus der "Leitlinien" zu benutzen, kaum noch mehr als eine Floskel, mit der man dem auch von den Status-quo-Verfechtern in der CDU/CSU noch immer unangreifbaren Tabu der Wiedervereinigung eine letzte Reverenz erweist.

Es ist zunächst als ein bedeutsames Faktum festzuhalten, dass dieser Vorstoss von dem aus der CSU stammenden und für sie massgeblich und verantwortlich sprechenden Bundesverteidigungsminister Franz Joseph Strauss unternommen und vertreten worden ist. Da seine "Leitlinien"-Thesen noch vor dem die deutsche Öffentlichkeit aufrüttelnden Interview in der CDU-offiziösen "Politisch-Sozialen Korrespondenz" zuerst von den CDU-Führungs-offiziösen "Bonner Informationen aus erster Hand" als "politischer Leitplan" "einflussreicher politischer (CDU-)Kreise" publiziert worden sind, ist aber kein Zweifel mehr daran möglich, dass die Strauss-"Leitlinien" hoch-offizielles politisches Gedankengut sehr massgebender Gruppen der CDU/CSU sind. Herr Strauss ist also nicht von selbst vorgeprellt, sondern bewusst nach vorn geschickt worden; dass man für diese "Pionier"-Aufgabe gerade den in aussenpolitischen Fragen sowieso schon reichlich strapazierten Verteidigungsminister ausgesucht hat, lässt im übrigen die Sicherheit erkennen, mit der die CDU/CSU-Führungskreise daran gegangen sind, dem deutschen Volke ihre Absage an die Wiedervereinigung zu präsentieren. Die Position der Lemmer und Dr. Gradel gerät "unter diesen Umständen" ins Rutschen; sie und ihre Freunde werden schon einiges tun müssen, um nicht als Mitläufer und Kollaborateure einer Gruppe in der CDU/CSU-Führung bewertet zu werden, deren sogenannte "Illusionsfreiheit" gegenüber dem Kardinalarliegen des ganzen deutschen Volkes nicht mehr zu überbieten ist.

29. Juni 1959

Franz Joseph Strauss hat in seinem "Leitlinien"-Interview drei Thesen aufgestellt, die er als Ausdruck einer "nicht programmatischen, sondern pragmatischen" Politik sieht. Aus dem etwas unbeholfenen Deutsch des Verteidigungsministers in klare und unpathetische Formulierungen umgesetzt, besagen diese Thesen:

1. Energische Fortsetzung der Integrierung Westeuropas und enge Verknüpfung dieses Kontinentteils mit US-Amerika;
2. noch energischere Fortsetzung der NATO-Aufrüstung und NATO-Verflechtung der Bundeswehr "in dem als notwendig erkannten Masse" ohne Rücksicht auf "Lockungen und Drohungen aus dem Osten";
3. von der "illusionsfreien" Basisannahme ausgehend, dass eine Änderung des deutschen bzw. gesamtdeutschen Status quo ausserhalb der "gegenwärtigen Möglichkeiten" liegt, Bereitschaft zu jahrelangen Verhandlungen mit der UdSSR unter entschiedener Ablehnung jedes Planes, der den Sowjets "widerum ein Stückchen entgegenkommt".

Die SPD ist, im Gegensatz zu ihren innenpolitischen Gegnern, stets bereit, alle Pläne, Vorstellungen und Thesen der anderen Seite, die den Bereich Entspannung, Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung wenigstens ansprechen, einer genauen Prüfung zu unterziehen, um zumindest Ansatzpunkte zu finden, in denen ein Weg und ein Wille zur Verwirklichung des Gesamtkomplexes erkennbar werden. Was sich hier aber in den "Leitlinien" der Gruppe Strauss darbietet, ist nichts anderes als der ungetarnte Versuch, die zweifellos auch im Namen schon abgewertete und sterile "Politik der Stärke" unter nicht einmal neuen Vorzeichen fortzuführen und zu aktivieren. Diese "Festigkeits"-Politik neu aufpolierter Adenauer-Strauss-Observanz ist, entkleidet man sie ihres sich hochpolitisch gebenden Pathos, aber nur ein ebenso starres und unelastisches wie missverstandenes Epigontum einer missverstandenen Dulles-Politik.

"Neu" an dem Leitbild des Herrn Strauss ist allerdings, und das soll auch nicht wegdisputiert werden, der entschlossene Rückzug auf den Status quo, zu deutsch: auf den als Dauerfaktum hingenommenen und anerkannten Zustand der Teilung und Spaltung Europas und Deutschlands. Zusammen mit den beiden anderen Grundforderungen der "Leitlinien" bedeutet dieses Fussfassen auf dem Boden des Status quo aber nichts anderes als die kühle Absage an das andere "Leitbild" der Wiedervereinigung, das bisher gesamtdeutsches Gemeingut war und das von nun an ohne die CDU/CSU-Gruppe Strauss anzustreben und zu verwirklichen sein wird. Es ist gut, das zu wissen.

+ + +

## Bedenkliche Zugeständnisse im II. Fernsehen

Von Heinz Kühn, MdB

In Kiel haben die Ministerpräsidenten der deutschen Bundesländer im Streit um die Gestaltung des zweiten Fernsehprogramms eine nicht unbedenklich weitgehende Anpassungsbereitschaft an die politischen Absichten der Bundesregierung bekundet. Zwar haben sie einhellig und energisch die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz der Länder auf dem Gebiet des Rundfunkwesens verteidigt, dafür aber in der politischen Substanz der von ihnen vorgeschlagenen Organisationsform weitgehend kapituliert.

Nach dem Vorschlag der Ministerpräsidenten soll das zweite Fernsehprogramm von einem öffentlich-rechtlichen Verband betrieben werden, der vom Bund, den Ländern und den Rundfunkanstalten gebildet wird. Das Programm untersteht einem Intendanten, der von einem Aufsichtsorgan aus 15 Mitgliedern (je 5 vom Bund, den Ländern und den Aufsichtsgremien der Rundfunkanstalten bestellt) gewählt wird und der für Sendungen über Politik und Tagesgeschehen eigene Produktionseinrichtungen erhält, während die übrigen Teile des Programms als Auftragsproduktion von den Rundfunkanstalten produziert werden sollen.

Man braucht sich nur der Berliner Bundestagsdebatte um die Zusammensetzung des Beirates der damals beabsichtigten Langwelle zu erinnern, bei der Innenminister Schröder mit Unterstützung der CDU-Fraktion "Bund" mit "Bundesregierung" identifizierte und die Regierungsmehrheit den sozialdemokratischen Antrag ablehnte, der auch den Bundestag im Verhältnis seiner Fraktionen an einem solchen Aufsichtsgremium beteiligen wollte, dann wird man wissen, wie das Aufsichtsorgan des zweiten Fernsehens politisch aussehen wird. Das erklärt auch die von den Ministerpräsidenten vielleicht gar nicht beabsichtigte, aber in der Tendenz der Konstruktion liegende Entpolitisierung des ersten Fernsehprogramms. Wie sollte man anders verstehen, daß dem einem besonderen Regierungseinfluß unterworfenen Intendanten des zweiten Fernsehens gerade für die politischen Sendungen die Möglichkeiten der Eigenproduktion zur Verfügung gestellt werden, während er sich bei den unpolitischen Sendungen der Beiträge der Rundfunkanstalten zu bedienen hat?

Ob die Diskussion um die Gestaltung des zweiten Fernsehprogramms mit dem Kieler Staatsvertragsentwurf der Ministerpräsidenten in die Endphase eingetreten ist, hängt davon ab, ob sich die Bundesregierung mit den Zugeständnissen, die ihren nachpolitischen Absichten hier gemacht worden sind, begnügt und auf die verfassungspolitische Forderung nach der Gesetzgebungszuständigkeit des Bundes verzichtet. Dabei ist im Augenblick nicht einmal sicher, daß die Ministerpräsidenten auf einem solchen Verzicht als Bestandteil des Staatsvertrages beharren werden. Auch auf anderen Gebieten werden die Bund-Länder-Verhandlungen auf der Grundlage dieses Staatsvertragsentwurfes sich kaum der Tendenz zu einer Verständigung auf einer mittleren Linie zwischen Länderangebot und Bundesforderung entziehen.

Bundesinnenminister Schröder wird vielleicht an seinem Bundesrundfunkgesetz festhalten wollen. Aber manches deutet darauf hin, daß er in der Strategie des Bundeskanzlers die Rolle des "verlorenen Haufens" spielt, der mit seiner eifervollen Kampagne die Mauer des Selbstvertrauens der Länder sturmreif berennen soll, damit dann das reguläre Fähnlein des Kabinetts mit der Waffe des Staatsvertrages das Banner des Kanzlers auf den Fernsehtürmen aufzieht. Adenauer interessieren nicht die verfassungsrechtlichen Wege, sondern die nachpolitischen Ziele. Schröder wäre der letzte im Kabinett, der ihm dabei nicht Gefolgschaft zu leisten bereit wäre.

## " Rendezvous im Oktober "

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

"Jeder grössere Streik hat notwendigerweise eine politische Perspektive, die wir klar sehen müssen. Darum müssen wir die Aktionseinheit gut durchdenken, denn es wird rein berufliche Forderungen nicht mehr geben. Wir müssen jetzt das Rendezvous im Oktober vorbereiten, damit die ganze Arbeiterklasse mit uns in den Kampf zieht ..."

Diese Worte wurden nicht auf dem kommunistischen Gewerkschaftskongress gesprochen, sondern auf der Tagung des Christlichen Gewerkschaftsbundes (CFTC) und zwar vom Generalsekretär der christlichen Eisenbahnergewerkschaft Paul Butet, der als "wichtigstes Ergebnis" der Juni-Bewegung 1959 feststellte: "Die französische Regierung hat ihre soziale Maske abgestreift und Debré bleibt der Mann, der die Eisenbahner requirierte."

Solche Worte im Munde eines massgebenden Mannes der Christlichen Gewerkschaften zeigen, wie weit der Zorn der französischen Arbeiterschaft gediehen ist. Butet ist kein Freund der Kommunisten, im Gegenteil. Er protestiert leidenschaftlich gegen die Behauptung der CGT, die Christlichen Gewerkschaften hätten die Streikbewegung "abgebremst". Die mit grosser Mehrheit angenommenen Entschliessungen des Jahreskongresses der CFTC zeigen, wohin der Weg geht. Die Christlichen Gewerkschaften verurteilen nicht nur "die autoritäre und gewerkschaftsfeindliche Haltung der Regierung", sie fordern "demokratische Planung", "wirtschaftliche und soziale Demokratie", "Nationalisierung der Schlüsselindustrien und Banken" und "Verhandlungen in Algerien".

Drei Tage lang wurde über den Algerienkrieg debattiert, der lange Zeit von der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht beachtet worden war. Die alger-französischen Gewerkschaftsvertreter, die auf diesem Kongress eine kleine Mehrheit stellten, wurden ausgepiffen, als sie die "Integration" propägierten.

Nach dem Linkerutsch in der sozialistisch orientierten Gewerkschaft Force Ouvrière, haben die Jahreskongresse der beiden andern französischen Gewerkschaftsbünde, der kommunistisch geleiteten CGT und der christlichen Gewerkschaften, im Juni ebenso gezeigt, dass die soziale Temperatur steigt. Gerade die christliche Gewerkschaftsbewegung, auf welche das Regime grosse Hoffnungen setzte, ist jetzt zum entscheidenden Bindeglied zwischen sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaftern geworden.

Man erinnert sich daran, dass die Regierung den Eisenbahnern "politische" Motive zuschrieb, die von der CGT entschieden dementiert wurden. Eigentlich hat die Regierung erst durch ihr Verhalten eine Lohnbewegung, die durchaus unpolitisch war, politisiert. Die Drohungen mit der Zwangsmobilisierung der streikenden Arbeiter zwingt nämlich die Gewerkschaften jetzt gründlicherer politischer Vorbereitung in der Verteidigung ihrer Tagesforderungen.

Und nun sind es ausgerechnet die christlichen Gewerkschaften, die sich zu ausgesprochen politischen Parolen bekennen und für den Herbst soziale und zugleich politische Massenstreiks in Aussicht stellen.

Wie wird sich das Regime dazu verhalten? "Wenn sich eines Tages das Volk zu rühren beginnt, wird man Gewalt anwenden, nach der Drohung mit der Zwangsmobilisierung, wird die Drohung mit Maschinengewehren folgen. Darum muss die faschistische Gefahr stets bekämpft werden." Diese Worte sprach Mendès-France dieser Tage an der Pariser Sorbonne, auf einer Kundgebung zum 100. Geburtstag von Jean Jaurès, von dem er sagte: "Für ihn war Sozialismus Gerechtigkeit." + + +

Restauration und Freiheit

Bt. "Unser Parlament liegt neben der Macht!" Mit diesem Satz zog der stellvertretende Vorsitzende der SPD, Waldemar von Knoeringen, auf dem 11. Jahrestreffen der "Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler", das am Wochenende in Freudenstadt abgehalten wurde, die Schlussfolgerung aus einer Reihe von Beispielen aus der parlamentarischen Arbeit, Beispiele aus der Kulturpolitik vor allem, an denen klar wurde, wie sich oft kühne und zukunftssträchtige Vorstöße des Parlaments an der Mauer des Verwaltungsapparates brechen. Noch öfter aber kommt es zu solchen Vorstößen gar nicht erst. Der sozialdemokratische Antrag zum Beispiel, die Mittel für Studienhilfe über das Honnefer Modell den gestiegenen Anforderungen entsprechend zu erhöhen, wurde kürzlich bereits im Bundestag von der CDU-Mehrheit niedergestimmt. "Einen Dolchstoß ins Herz der Demokratie" nannte von Knoeringen diesen Vorfall. "Wir reistern die Zukunft nicht, wenn es uns nicht gelingt, alle unsere Fähigkeiten zu mobilisieren. Die Kulturpolitik entscheidet über das Schicksal der Demokratie. Wenn es uns nicht gelingt, den Kreis der Menschen zu erweitern, welche die Beziehungen zwischen Freiheit und Macht verstehen, die das Wesen der Macht und ihrer Kontrolle begreifen, dann gerät die Demokratie immer tiefer in die Krise hinein."

Die Freiheit des Geistes und des Glaubens muss gesichert werden. "Der freie Mensch in der technischen Welt" ist die Zielvorstellung, die verwirklicht werden muss. Unser Bildungssystem kommt aus einer vergangenen Welt - wir müssen eine gesellschaftliche Ordnung erkämpfen, in der der Mensch für Bildung ansprechbar ist. Dies umso mehr, als der Osten die Welt offenbar nicht mit Waffen, sondern durch die Steigerung der Produktivität und die Beherrschung des Weltmarktes erobern will. Zudem vereinheitlicht die Technik die Welt: Es gibt keine "amerikanische" und "russische" Technik, sondern nur eine Technik schlechthin, die übrigens auch in Sowjetrußland - im Widerspruch zum herrschenden Dogma - eine differenzierte, geschichtete Gesellschaft erzeugt. Wenn in allen Berichten über Sowjetrußland immer wieder die Rede davon ist, wie stark das Bedürfnis der Menschen dort sei, Neues über den Westen zu erfahren, so ist das Gespräch mit diesen Menschen sicherlich nötig; allerdings ein Gespräch, das von einem festen Standpunkt aus geführt wird.

Zuvor hatte der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Schmitt-Vockenhausen über die "Situation des politischen Buches" aus der Sicht des Verlegers gesprochen. Er bezeichnete die allgemeine politische Situation eines Volkes als entscheidend für die Verbreitung des politischen Buches. Dort, wo "die Dummheit und Vergesslichkeit der Leute als die beste Grundlage der Regierungspolitik" angesehen wird, hat das politische Buch wenig Chancen. Es braucht eine bestimmte Atmosphäre, die in einer Demokratie auch von oben her gewünscht, gewollt und gefördert werden muss. Auch die Schulen und die Universitäten haben dem politischen Buch gegenüber eine Aufgabe zu erfüllen. Tun sie es? Schmitt-Vockenhausen zitierte den Fall eines grossen Gymnasiums von mehr als tausend Schülern, in dem an Literatur über das "Dritte Reich" überhaupt nichts vorhanden ist ... Die Buchschaffenden erhoffen von einer Veränderung der politischen Lage auch eine stärkere Verbreitung des politischen Buchs. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratischen Partei, eine Wende in der Politik herbeizuführen. Dazu gehört aber die Bildungsarbeit in der Partei: Ohne zur eigenen geistigen Leistung bereit und befähigt zu sein, kann niemand ernsthaft politisch tätig sein.

Der Marburger Professor Komssen sprach über "Weimar und Bonn". Er untersuchte insbesondere den Unterschied in der Einstellung zur Nation zwischen damals und heute. Grassierte in der Weimarer Zeit in einem Teil des deutschen Volkes noch der aggressive Nationalismus, so ist heute nicht nur jeder Nationalismus überhaupt so gut wie verschwunden, sondern es zeigt sich auch ein erschreckender Mangel an gerechtfertigtem nationalen Bewusstsein. Mit deutlichen Bezug auf die jüngsten innenpolitischen Geschehnisse führte Prof. Komssen den Nachweis, dass die deutsche Republik von Weimar nicht an der Vielzahl der Parteien als solcher zugrunde gegangen ist, sondern vielmehr vor allem an der von gewisser Seite systematisch betriebenen Abwertung der höchsten Staatsämter und des demokratischen Staates überhaupt.

In einer von dem Verleger Karl Anders geleiteten Diskussion wurde über die Rolle der Parteien in der Weimarer Zeit gesprochen. Bruno Schönkank, der Senior der deutschen Arbeiterdichtung, wies auf die Notwendigkeit kämpferischen demokratischen Geistes hin. Die Tagung, die unter dem Motto "Restauration und Freiheit" stand und von dem Verleger Gustav Schmidt-Küster geleitet wurde, hatte auch der Stadt Berlin gedacht, über deren Lage Walther G. Oschilewski sprach. Walter Kiaulehn hatte in eindrucksvoller Weise aus seinem Berlin-Buch gelesen.